ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Unbewältigte Vergangenheit — Unbewältigte Gegenwart

Der Schweizer Historiker Prof. Dr. *Walther Hofer*, der einige Jahre an der Freien Universität Berlin lehrte und jetzt Ordinarius an der Universität Bern ist, hat sich in zwei Artikelserien, die in der *Neuen Zürcher Zeitung* erschienen, so sachkundig wie kritisch mit zwei Büchern auseinandergesetzt: „Die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges" aus der Feder des Engländers *A. P. J. Taylor* und „Der erzwungene Krieg" des Amerikaners *David L. Hoggan* (ein Buch, das bezeichnenderweise bisher überhaupt nur in deutscher Sprache vorliegt). Dankenswerterweise hat sich jetzt die *Neue Zürcher Zeitung* entschlossen, Hofers Artikelserien unter dem Titel „Die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges — Legende und Wirklichkeit" in ihrem Buchverlag zu veröffentlichen (80 S., 4.— Sfr), worauf hier nachdrücklich hingewiesen sei. Bei diesem Anlaß nimmt das große Schweizer Blatt (Fernausgabe Nr. 34, 4. 2. 1963) zu dem Thema

in einem redaktionellen Artikel Stellung, aus dem wir hier die folgenden Sätze festhalten möchten:

„Eine kritische Auseinandersetzung mit diesen beiden Publikationen mußte sich aus einer Reihe von Gründen, nicht zuletzt im Hinblick auf ihren Erfolg auf dem deutschen Büchermarkt und die in Deutschland in der Folge entfesselte neue Kriegsschulddiskussion, aufdrängen. Nachdem man schon einmal erlebt hat, wie eine historische Wahrheit, die militärische Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg, durch eine Legende, die Dolchstoßlüge, verdrängt wurde und diese Lüge einem Manne zur Herrschaft verhalf, der Deutschland und die Welt in den Abgrund eines neuen großen Krieges stürzte, können auch die bloßen ersten Sprossen einer neuen Legendenbildung um die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges nicht achtlos übergangen werden. Eine sogenannte ‚Geschichtsrevision', die in der Absicht oder Wirkung auf die Verzerrung und Verfälschung der historischen Wahrheit hinausläuft, enthält so viel Giftstoff, daß der notwendige Prozeß der geistigen Desinfektion, die wissenschaftliche Abwehr, einer Mythologisierung der Zeitgeschichte nicht früh genug einsetzen kann."

„Hitler ist tot — aber ist unsere Demokratie schon außer Gefahr?" fragt Dr. *Helmut Lindemann* in einem Aufsatz, der unter dem Titel „Machtergreifung damals und heute" im *Vorwärts* (Nr. 5) am 30. Januar 1963 erschienen ist; wir müssen uns damit begnügen, die beiden letzten Absätze zu zitieren:

„Nach allem, was wir in den letzten Monaten erlebt haben, wäre es doch wohl vermessen, zu behaupten, daß die demokratische Republik in Westdeutschland bereits so fest verwurzelt sei, daß sie allen Stürmen trotzen könne … Es gibt zwar kaum Republikfeindlichkeit hierzulande, aber es gibt allzu wenige Demokraten, das heißt wachsame Bürger, die sich einer ‚Machtergreifung' auch dann widersetzen, wenn sich diese ziemlich unauffällig im Gewände staatserhaltender Maßnahmen abspielt.

Ferner weiß niemand zu sagen, wie sich die politischen Zustände in der Bundesrepublik gestalten würden, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich verschlechtern sollten. Daß dergleichen nicht ausgeschlossen ist, erleben wir beispielsweise gegenwärtig in Teilen Großbritanniens, wo die Arbeitslosigkeit wieder ein Faktor geworden ist, der den Regierenden ernste Sorgen bereitet. Die politische Stabilität der Bundesrepublik, das Fehlen nennenswerter radikaler Gruppen, die Unverdrossenheit der Wähler — das alles sind Dinge, die auf dem wirtschaftlichen Wohlstand ruhen. Gelänge es nicht, diesen zu erhalten, so müßte zwar nicht alsbald eine politische Radikalisierung die Folge sein; aber es könnte doch geschehen, daß die politische Ruhe verflöge und die Wasser des politischen Lebens in der Tiefe aufgewühlt würden."

Ein besonders bedenkliches Symptom sind die immer häufigeren Fälle unbegreiflicher Milde unserer Justiz gegenüber schwersten NS-Verbrechen; so das skandalöse *Fellenz*-Urteil, zu dem z. B. *Conrad Taler (Stimme der Gemeinde,* Heft 3/1963) mit Recht schreibt:

„Wenn ein Gericht bei Beihilfe zum Mord in 11 000 Fällen nicht die im Gesetz vorgeschriebene Höchststrafe, sondern die Mindeststrafe anwendet, wird Massenmord zum Kavaliersdelikt verniedlicht. Junge Menschen müssen dadurch zu der Annahme kommen, daß diejenigen, die einst zu den Verbrechen der Nazis schwiegen, noch heute diese Verbrechen als harmlos ansehen."

Und in der *Weh* (18. 1. 1963) fragt *Gerhard Mauz* nach der Verkündung des „Urteils" (praktisch: Freispruchs): „Werden die vielen Gleichgültigen leider recht behalten?" und sagt u. a.:

„Das Flensburger Urteil bestätigt den Verdacht, daß viele Gerichte in der Bundesrepublik, wenn es um die Sünden der Vergangenheit geht, in einer Befangenheit ihres Amtes walten, die, mag sie auch psychologisch und menschlich zu erklären sein, begangenes Unrecht verkleinert. Wir sind der Meinung, über Martin Fellenz wäre ein Urteil möglich gewesen, das den Gesetzen, den Rechten des Angeklagten und der Schuld entsprochen hätte ... Vielleicht kommt dieses Urteil noch. Vorerst empfinden die einen Genugtuung, die anderen Entsetzen — und viele, viele halten ihre Gleichgültigkeit für berechtigt, weil ‚doch nichts herauskommt bei diesen Prozessen'."

Das verhinderte Gespräch

„Wir haben nicht nur Nachbarn im Westen .. ." überschreibt *Herta Gottbelf* ihren Leitartikel in der Monatsschrift *Gleichheit* (Heft 2/1963); die bekannte sozialdemokratische Publizistin schreibt u. a.:

„Jede begrabene ‚Erbfeindschaft' kann für uns nur ein Anlaß zur Freude sein. Aber anläßlich der Selbstbeweihräucherung der beiden alten Flerren, die uns die Pariser Vereinbarungen über die gegenseitigen Beziehungen Frankreichs und der Bundesrepublik beschert haben, möchten wir doch daran erinnern, daß es sowohl im Westen wie auch im Osten unseres Vaterlandes noch mittelbare und unmittelbare Nachbarn gibt, mit denen wir in unserem eigenen Interesse und im Interesse des Weltfriedens zu einer besseren Verständigung kommen müssen. Die Beziehungen von Völkern miteinander sind ja nicht nur eine Sache der Regierungen, sondern des ganzen gegenseitigen Klimas und gegenseitigen Verständnisses für die Verschiedenheiten der Völker und für die Gemeinsamkeit aller Menschen in ihren Grund-

wünschen und Hoffnungen: für soziale Sicherheit, persönliche Freiheit und Frieden.

Leider sieht es so aus, als ob zumindest ein Teil der für die Geschicke unseres Volkes Verantwortlichen immer noch nicht begriffen hat, daß die Welt nicht an der Elbe zu Ende ist, und daß — ob es uns gefällt oder nicht — wir auch mit der vierten Siegermacht des von den Nazis angezettelten zweiten Weltkrieges ins Gespräch kommen müssen.

In jedem Land, in dem wirklich Politik gemacht wird und nicht Emotionen für Politik gehalten werden, hätte der Regierende Bürgermeister einer zweigeteilten Stadt die Unterstützung aller gefunden, wenn er im Interesse der Menschen diesseits und jenseits der Mauer mit dem Mann sprechen wollte, von dessen gutem Willen allein es abhängt, ob das Schicksal der Menschen nicht nur in Berlin, sondern in der Zone erleichtert wird. Statt dessen mußten wir ein höchst beschämendes Schauspiel wahltaktischer Manöver erleben!"

In ähnlichem Sinne schreibt *Günter Pehl* in der von ihm redigierten Angestelltenzeitschrift des DGB *(Wirtscbaß und Wissen,* Heft 2/1963) u. a.: „Wieder blieb eine Gesprächsmöglichkeit ungenutzt... Die Bekenntnisse zur Solidarität mit unseren Landsleuten werden unglaubwürdig, wenn man nicht einmal zu einem solchen Gespräch bereit ist, das die eigene Rechtsposition ausdrücklich nicht geschwächt hätte. Den Ostzonen-Machthabern wurde es von den Gegnern des Gesprächs leicht gemacht, bei der Bevölkerung Ostberlins und in der Zone das Gefühl, vom Westen im Stich gelassen zu werden, zu verstärken."

Die gefährlichen Aspekte hysterischer Selbstverdummung zeigt *Walter Philipp* an einem anderen Beispiel *(Neue Rhein Zeitung* Nr. 35, 9. Februar 1963):

„In Duisburg hatten 4000 Schüler aufgemuckt. Sie demonstrierten gegen eine Fahrpreiserhöhung auf Straßenbahnen und Bussen. Als einige Heißsporne über die Stränge schlugen, glaubten Polizei und einige andere Steilen zu wissen, wer dahintersteckte: Angehörige kommunistischer Tarnorganisationen. 20 Stunden später erwies sich der Verdacht als haltlos. Zwei Festgenommene entpuppten sich als harmlose Jugendliche.

Der Fall ist symptomatisch. Wer eine von der gängigen politischen Marktware abweichende Meinung vertritt, läuft Gefahr, als Kommunist abgestempelt zu werden. Wer aufbegehrt, gerät leicht in den Verdacht, ein kommunistischer Handlanger zu sein. Kinder schreckt man mit dem schwarzen Mann, Erwachsene mit den Kommunisten. Jedem das Seine.

Die Frage ist, wohin diese Selbstverdummung führt: in die Gleichgültigkeit oder in die Hysterie? Beides kann uns in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nicht weiterhelfen."

„Staatsgeheimnis", „Landesverrat" und Demokratie

Zu diesem noch auf lange Sicht bedeutsamen Thema sind in den letzten Wochen eine Reihe weiterer wichtiger Veröffentlichungen erschienen, auf die kurz hingewiesen sei.

In *Neue Juristische Wochenschrift* (Heft 1/2 1963): Dr. Dr. *Gustav W. Heinemann,* MdB, über „Der publizistische Landesverrat", mit sehr abgewogenen Vorschlägen zur Umgestaltung des § 100 des Strafgesetzbuchs; ferner Dr. *Adolf Arndt* über „Umwelt und Recht — Demokratische Rechtsauslegung am Beispiel des Begriffes Staatsgeheimnis' „; aus diesem Aufsatz sei Arndts Ansicht hervorgehoben, „daß der Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit derselbe Rang und Wert zukommt wie der Verteidigungskraft, ja im Zweifel der Vorrang, weil es die Stärke der Demokratie ist und sie schützenswert macht, freiheitlich zu sein". Gleichfalls in Neue Juristische Wochenschrift, Nr. 5/1963: „Pressefreiheit, Redaktionsgeheimnis, Bekanntmachungen von Staatsgeheimnissen" von Senatspräsident Dr. *Heinrich Jagusch.*

In *Wirtschaft und Wissen,* Heft 2/1963: „Landesverrat und freiheitliche Demokratie" von Prof. Dr. *H. Ridder,* Direktor des Instituts für Öffentliches Recht der Universität Bonn.

In *Merkur* (jetzt im Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln) Heft 179 (Januar 1963) drei kurze, sehr lesenswerte Beiträge von *H. v. Hentig,]. v. Kempski* und *Alexander Kluge* zum Thema „Verräterischer Verratsbegriff".

In *Süddeutsche Zeitung* Nr. 6 (7. Januar 1963): „Pressefreiheit und Landesverrat" von Dr. *Ernst Müller-Meiningen jr.*

Es sei auch darauf hingewiesen, daß der Wortlaut des Spiegel-Berichtes (der Bundesministerien des Auswärtigen, des Innern, der Verteidigung und der Justiz) im *Bulletin* des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung veröffentlicht ist (Nr. 23 vom 5. Februar 1963, S. 195—204).

Hinweise

Die von *Wilhelm Cornides* im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik herausgegebene Halbmonatsschrift *Europa-Archiv* (Zeitschrift für internationale Politik) veröffentlicht in Heft 3/1963 eine Reihe interessanter Aufsätze: Europäische Sozialpolitik *(Lionello Levi Sandri,* Vorsitzender der Gruppe Soziale Angelegenheiten in der Kommission der EWG) — Wandlungen der jugoslawischen Deutschland-Politik (Dr. *Harry Schleicher,* Belgrad) - Großbritannien und die Montanunion (Dr. *Kurt Birrenbach,* MdB) - Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

und die EWG (Dr. *Hans Bräker*, Geschäftsführer des Bundesinstituts zur Erforschung des Marxismus-Leninismus, Institut für Sowjetologie, Köln). Ferner im stets sehr reichhaltigen dokumentarischen Teil Dokumente zur Beilegung der Kuba-Krise, sodann die Botschaft Kennedys über sein außenpolitisches Programm für 1963 sowie Dokumente über „Die Programmierung als Element der künftigen Wirtschaftspolitik der EWG-Kommission". Heft 1/1963 der Zweimonatsschrift *Die neue Ordnung* (Paderborn) ist wieder sehr lesenswert; wir heben hervor: Christ und Beruf in der heutigen Arbeitswelt *(Robert Fischer)* — Zur sozialen Stellung der jugendlichen Industriearbeiterin *(Luise Wester-Ebbinghaus)* — Neue Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit von Müttern *(Maria Wingen)* — Tradition und Fortschritt in Mater et Magistra (Prof. Dr. *Theodor Mulder* SJ).

Außenpolitik bringt in Heft 2/1963 u. a.: Pekings Klassenkampf-Diplomatie gegen Nehru (Dr. *Heinrich Bechtoldt)* — Chinesische Militärhilfe nach drei Kontinenten *(Eugene Hinterhoff)* — Sukarno steht in Indonesien am Scheidewege *(Alfred Joachim Fischer)* — Die Bantu und ihr Anspruch auf Südafrika *(R. Wertheimer).* *W. F.*